

# Thorner Zeitung.



(Gegründet 1760.)

Redaktion und Expedition Bäckerstraße 255.

Diese Zeitung erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Prämienpreis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 1 Thlr.

Inserate werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfsaitige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr.

Nro. 48.

Nestor. Sonnen-Aufg. 6 U. 57 M., Unterg. 5 U. 30 M. — Mord-Auf bei Tage Unterg. 5 U. 16 M. Morgens.

Donnerstag, den 26. Februar.

1874.

## Abonnements-Einladung.

Für den Monat März eröffnen wir ein Abonnement auf die „Thorner Zeitung“ zum Preise von 10 Sgr., für welche Zeit auch die Kaiserl. Post-Anstalten Bestellungen annehmen.

## Die Exp. der Thorner Zeitung.

## Telegraphische Nachrichten.

Luzern, Montag, 23. Februar. Die hiesige katholische Kirchengemeinde hat den Antrag des liberalen Stadtraths, betreffend die Handhabung des Kollaturrechts und die Wahl eines Kirchenrates einstimmig angenommen.

Haag, Montag, 23. Februar, Abends. Der Legationsrat Louther von Pistel, bisher bei der niederländischen Gesandtschaft in London ist an die Gesandtschaft in Paris und der Legationsrat Graf Rylandt, bisher in Berlin an seiner Stelle nach London versetzt worden. Zum Legationssekretär in Berlin ist Herr Dr. Kochusser ernannt worden.

Paris, Montag, 23. Februar, Mittags. Die neuerlich wiederholt auftretenden Gerüchte von Versuchen, eine monarchische Restauration zu Stande zu bringen, werden von der „Agence Havas“ als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. — Nach als zuverlässig zu betrachtenden Nachrichten aus Bayonne ist Portugalete von den Karlisten wieder geräumt worden.

Versailles, Dienstag, 24. Februar, Morgens. Gegenlich der gestern in dem betreffenden Bureau erfolgten Feststellung des Berichts über die Wahl Soinys im Departement Finistère billigte der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Baragnon, ausdrücklich das Verhalten des vorigen Präfekten, der auf eine an ihn gerichtete Aufgabe sich für die Wahl des regierungsfreudlichen Kandidaten ausgesprochen hatte. Baragnon sützte hinzu, die Regierung würde, wenn sie darum befragt werden sollte, jeder Zeit den ihr genehmten Wahlkandidaten namhaft machen.

Moskau, Montag, 23. Februar, Abends. Der Kaiser von Österreich ist heute Abend hier

eingetroffen. Zu seinem Empfange hatten sich die Spiesen der Behörden auf dem festlich dekorierten Bahnhofe eingefunden. Die Stadt war zu Ehren der Ankunft des Kaisers mit Flaggen geschmückt und glänzend erleuchtet.

## Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

50. Plenarsitzung, Dienstag 24. Februar. Präsident v. Bennighen eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Ministerialisch: Minister des Innern Graf zu Eulenburg, Justizminister Dr. Leonhardt, Finanzminister Camphausen, Handelsminister Dr. Achenbach, Cultusminister Dr. Falk u. mehrere Commissare.

Vom Justizminister ist ein Gesetzentwurf betreffend das Kostenwesen in Vorwurfsachen eingegangen. — In Bezug auf die beim Grafen Stolberg-Stolberg vom Criminalgerichte zu Köln angeordnete und ausgeführte Haussuchung ist ein Schreiben des Justizministers eingegangen, Inhalts dessen das Strafverfahren gegen den Angeklagten für die Dauer der Session eingestellt ist und die Ausführung der Haussuchung nach den eingegangenen Verichten ohne Kenntnis von der Abgeordnetenqualität des Grafen Stolberg angeordnet worden sein soll. (Rufe: Ahah!) Das Schreiben geht an die Justizkommission.

Auf der Tagesordnung steht nur die Bevathung des vom Herrenhause abgeänderten Gesetzentwurfs betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Hochzeit.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen). Es ist nicht meine Absicht, über die Frage, ob man die Civilehe einführen soll, heute nochmals zu erörtern; ich werde bis zum letzten Momente dagegen stehn, weil ich davon überzeugt bin, daß die Einführung der obligatorischen Civilehe ein verderblicher Schritt ist für alle Verhältnisse des Staates wie des kirchlichen Lebens. Ich habe nur die Absicht einiges zu bemerken in Beziehung auf dasjenige, was im Herrenhause beschlossen worden ist und da bin ich im Allgemeinen der Meinung, daß das Herrenhaus sich um die Fassung dieses Gesetzes sehr verdient gemacht hat. Es ist dieser Vorgang ein neues Zeugnis für die Nützlichkeit des Zweikammer-Systems (Heiterkeit).

Mr. 50,000 für Schreibmaterialien ausschließlich sog. Bank-Books; Mr. 40,000 für Ausbücher; Mr. 65,000 für Nebenausgaben wie Zeitungen, Reparaturen von Equipagen, Pferdemedizinen, Bezen, Fürsten, Gläser, Handtücher u. s. w.; ferner Mr. 50,000 für Kohlen, Gas, Beile, Haken, Wasserkrüge und Mr. 40,000 für Möbel und Teppiche. Aus diesem Gelde wurden dann die Ausgaben für Anschaffung von Equipagen für die Familien-Angehörigen der Cabinetsmitglieder bestritten, und wenn dann einmal ein Congresmitglied in einer Amtsstube der Departements kommt und einen verschlissenen Teppich sieht, oder findet, daß es nicht warm genug ist, so wird ihm erklärt, daß die Contingentfonds nicht weiter reichen, und der gutmütige Mann, der ja auch Dienste von dem betreffenden Departement erwartet, trägt im Grabe darauf an, daß die Contingentfonds noch mehr erhöht werden.

Offenbar war das Gehalt von Mr. 6000 für die Cabinetsmitglieder zu gering, wenn sie außer Wohnung und Brennmaterial damit Alles bestreiten sollten, was ein Haushalt ihres Gleichen in Washington kostet. Wie aber, wenn sie außer diesem Gehalte, fast Alles, was sie überhaupt bedürfen, auf trümmern Wegen aus den Contingentfonds herauszuschlagen?

Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß dem so sei, und daß, wie die Frau Gemahlin eines Cabinets-Sekretär einen Wagen aus dem Contingentfond ihres Mannes bekommt, so auch die meisten Toilettegegenstände dabei absfallen. Wie dies im Kleinen geschieht, weiß alle Welt. Quartiermeister und wer sonst Anweisungen auf Schreibmaterialien und sonstige Bureau-Ausgaben erhält, geben davon den letzten Cent aus, wenn sie auch noch von drei Jahren her Papier, Federn, Linte, Dintensässer und Formulare die Menge übrig haben. Sie finden nämlich in den Kaufläden, wo sie diese Sachen kaufen müssen, eine Menge Allotria, wie Briefmappen,

und ein neues Zeugnis dafür, daß im Herrenhause noch ein großes Maß legislativer Weisheit zu finden ist. (Heiterkeit). Ein Theil davon kommt allerdings auf den Umstand, daß man im Herrenhause es für richtig gefunden hat, ein so wichtiges Gesetz an eine Commission zu verweisen und nicht die Galopp-Ganart beliebt hat, die hier gemacht worden ist (Heiterkeit). Trotz aller Verbesserungen bin ich aber doch der Meinung, daß auch die gesuchten Beschlüsse nicht dahin führen werden, das Gesetz ausführbar zu machen. Nachdem glücklicherweise festgestellt worden ist, daß die Geistlichen nicht zu Civilstandsbeamten gemacht werden können, und nachdem festgestellt ist, daß die Amtsvorsteher nicht verpflichtet sind, das Amt des Standesbeamten zu übernehmen, werden Sie wohl in sehr vielen Distrikten recht vergeblich suchen, Standesbeamte zu finden. Vielleicht wird der allgewaltige Schulehrer ausbilden müssen. Vielleicht findet sich auch ein tüchtiger, Gendarmer oder Nachtwächter, der die Funktionen, welche durch dieses Gesetz geschaffen werden sollen, übernimmt. Redner wendet sich sodann zu den einzelnen vom Herrenhause gefassten Beschlüssen, mit denen er sich bis auf den § 54 einverstanden erklärt. Letzterem könne er aber seine Zustimmung nicht geben, die darin den Geistlichen in Aussicht gestellten Entschädigungen erinnere ihn an gewisse Silberlinge und den Glaubens-Versucher der da sprach: Knie nieder u. bete mich an, dann will ich dir alle Schäfe der Welt geben. Man wolle die Geistlichen mit den Schäfen dieser Welt überschütten, um sie zu verführen.

Abg. Miquel: Er werde in Bezug auf die generellen Bemerkungen zu dem Gesetze sehr kurz sein, weil er der Ansicht sei, daß die Frage, ob das Gesetz notwendig und heilsam sei, schon genügend diskutiert worden. Das Gesetz erfülle eine Forderung der liberalen Parteien, von denen es seit Jahren für eine unabsehbare Notwendigkeit gehalten worden sei. Durch dasselbe werden zugleich die durch den religiösen Streit hervorbeschworenen Rechtsverwirrungen bei Geschlechtern beseitigt. Das sollte das Centrum vorzugsweise bedenken gegenüber den Geschlechtern seitens unbefugter Geistlichen, die als gültige Ehen nicht angelehnen würden. Der Abg. Windthorst, habe von legislativen Verbesserungen des Entwurfs Seitens des Herrenhauses gesprochen; auch er (Rdnner) erkenne diese Verbesserungen, die allerdings wohl am meisten den Herren

zugeschrieben werden müssten, welche durch den Pariser Club neu in das Haus gekommen seien, gerne an, müsse aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß der Entwurf neben diesen Verbesserungen auch erhebliche Verschlechterungen erfahren habe. Zu diesen Verschlechterungen gehören die Aufhebung der Verpflichtung der Amtsvorsteher zur Übernahme des Standesamtes. Den Bürgermeistern in den Städten wolle man diese Verpflichtungen allerdings lassen, aber die Herren Gutsbesitzer seien zu „vornehm“ solchen „Bureaudienst“ zu übernehmen. Diese Abänderung werde ihn indessen nicht abhalten für das Gesetz zu stimmen u. zwar vornehmlich, weil er nicht das Vertrauen zu dem Herrenhause habe, daß es mit dieser nochmaligen Änderung Seitens des Abgeordnetenhauses das Gesetz annehmen werde. Was den vollen Abschluß der Geistlichen als Standesbeamte betrifft, so stehe er seinerseits auf diesem Standpunkt nicht, weil er davon ausgehe, daß alles vermieden werden müsse, was die Geistlichkeit als eine besondere Gesellschaftsklasse erscheinen lassen könnte. Wenn indessen die Regierung glaube, ohne die Geistlichen auskommen zu können, so habe er nichts mehr dagegen einzuwenden. Was den § 54 betreffe, so sei das erste Alinea nur eine präzisere Fassung der bei der Beratung im Abgeordnetenhaus von ihm (dem Redner) beantragten Resolution. Anders siehe es aber mit dem zweiten Alinea dieses §, der zweien Mäistern ein Recht gebe, welches das Budgetrecht des Landtages beeinträchtige. Man könne wenigstens diese Auffassung haben, wenn Seitens der Staatsregierung keine ausdrückliche Erklärung über die Auffassung dieses Alinea abgegeben werde. Von dieser Erklärung werde es abhängen, ob er diesem Alinea zustimmen könne oder nicht; von dieser Erklärung werde es ferner abhängen, ob er eine Resolution, welche er zur Wahrung des Budgetrechts gestellt habe, wieder zurückziehen könne.

Abg. Dr. v. Gerlach spricht gegen die Vorlage, bleibt aber unverständlich.

Abg. Dr. Virchow erklärt ebenfalls für das Gesetz nur dann stimmen zu können, wenn Seitens der Staatsregierung bezüglich des Budgetrechts eine ausreichende Erklärung gegeben werde. Römer nimmt hierbei gleichzeitig Veranlassung sich dagegen zu verwahren, als ob ihm die Kirche nichts, die Naturwissenschaft aber Alles sei. Er

der Schande, zwölfmal in demselben Kleide erscheinen zu müssen. Auch wäre es unerträglich, wenn ihre Privat-Empfangszimmer nicht jedes Jahr neu tapiziert, möbliert und mit neuen Tapeten belegt würden. Der Sesam des Contingentfonds thut sich auf, und die Frauen der Diener des amerikanischen Volkes können denselben Luxus treiben, wie die Frauen der Kammerherren im Hofstaate europäischer Fürsten.

Das Alles wissen die Congreßmitglieder; sie drücken die Augen darüber zu, weil die Cabinetsmitglieder über Plusmacherei aller Art durch jene die Augen zudrücken. Daß an diesen Contingentfonds in diesen Zeiten der Ebbe im Bundesstaate etwas erwartet werden würde, ist nicht zu erwarten. Aber schamlos ist es, neue Steuern aufzulegen zu wollen, während diejenigen die sie für den öffentlichen Dienst verlangen, hunderttausende aus den Contingentfonds für den Luxus ihrer Familien verschleudern.

## Zum Brande des Pantheon in London.

Details über die Einsächerung des „Pantheon“ in Belgravia füllen noch immer die Spalten englischer Blätter. Das Aufräumen der Ruinen nimmt jetzt nun die größte Aufmerksamkeit in Anspruch, und es vergeht kein Tag an welchem nicht Gegenstände von grohem Wert unter den Trümmern gefunden werden. Dieser Theil der Ruinen wird gründlich gesichtet so daß nichts Werthloses übersehen werden kann. Von der großen Waffenammlung des Baronets Sir R. Wallace hat man bis jetzt einen silbernen Schild, mehrere Schwertstiele, und eine beträchtliche Quantität geschmolzenes Silber, wahrscheinlich die Überreste kostbarer Schwertgriffe, gefunden. Die Höhe während des Brandes muß sehr intensiv gewesen sein, denn viele der geborgenen Artikel, wie Porzellan, Silber, Bronze u. s. w. haben sich in formlose Massen miteinander verschmolzen. Unter den

## In Scus und Braus.\*)

(Aus dem „Anzeiger des Westens.“)

Der leichte Landau-Wagen für die gnädige Frau Bundes-General-Anwältin Williams, den der würdige Herr Gemahl aus den für seine Bureauxosten angewiesenen Geldern bauen ließ, führte zu einer Nachfrage nach den Contingentfonds der übrigen Departements und nach den Gegenständen, die mit den für Schreibmaterial, Beleuchtung, Brennmaterial u. d. gl. bestimmten Geldern angeliefert worden und es stellten sich die wunderlichsten Dinge heraus. Es wurde nicht erst entdeckt, wohl aber bekannt und allgemein behauptet, daß nicht nur der Chef eines jeden Departements eine Equipage auf Bundeskosten hält, sondern daß deren fünf, sechs und sogar noch mehr für einzelne Cabinetsmitglieder gehalten werden, je nach der Größe der Familie und den Prätenionen der Gemahlinnen der hohen Würenträger. So gar einzelne Bureaucratis halten Equipagen auf öffentliche Kosten, angeblich für dienstliche Zwecke, in Wirklichkeit aber im Dienste der verschiedenen Prinzessinnen Shordy, die es für eine Schande halten, zu Fuß „hoppen“ zu gehen, weil der Herr Gemahl eine hohe Stelle in irgend einem Departement bekleidet. Ja, selbst die Kutschere und „Bretterbüpfer“ oder „Lakaien hinten drauf“ werden auf Bundeskosten bezahlt, denn sie stehen auf der Liste der Regierungsboten und werden zum speciellen Dienste der verschiedenen Cabinetsmitglieder und ihrer Bureaucratis, respektive des Privathaushaltes derselben beordert.

Im letzten Jahre wurden z. B. für das Schatzdepartement ausgeworfen:

\* Diese kleine Schilderung des nordamerikanischen Blattes ist ein Beleg dafür, daß die oft gerührte freiheitliche Finanzwirtschaft doch auch sehr schwache Seiten hat.

D. R.

habe sich nur gegen die Identifizierung gewisser Formalitäten der Kirche mit dem Christenthum ausgesprochen. Ihm schehe das innere christliche Leben höher, als diese Formen, die dasselbe beinträchtigen; auf diesem Standpunkt habe auch Luther gestanden, der diese zwecklosen Formalitäten als den Antichrist bezeichnet habe. Von diesem Standpunkte aus werde auch er dem Staate gerne zur Seite stehen, wenn es sich darum handle, die Dächer der Kirche für den Ausfall wirklich nachgewiesener Rechte zu entschädigen.

Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der nun folgenden Spezialdiskussion werden die §§. 1 bis 53 ohne wesentliche Debatte angenommen.

§. 54 lautet nach den Beschlüssen des Herrenhauses: „Ein besonderes Gesetz wird die Voraussetzungen, die Quelle und das Maß der Entschädigung derjenigen Geistlichen und Kirchendienner bestimmen, welche nachweislich in Folge des gegenwärtigen Gesetzes einen Ausfall in ihrem Einkommen erleiden. Bis zum Ersatz dieses Gesetzes erhalten die zur Zeit der Emanation des vorliegenden Gesetzes im Amt beständlichen Geistlichen und Kirchendienner für den nachweislichen Ausfall an Gebühren eine von dem Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten u. dem Finanzminister festzusetzende Entschädigung aus der Staatskasse.“

Cultusminister Dr. Falk erklärt Namens der R. Staatsregierung, daß dieselbe den Wortlaut dieses §. nur so auffasse, daß die darin enthaltene Bestimmung nur die Bedeutung habe, den Modus zu finden, nach welchem Geistliche Entschädigung erhalten sollen, wenn ihr Recht dem Staate gegenüber festgestellt werde. Die Regierung sei daher nicht der Meinung, daß diese Bestimmung auf das Budgetrecht irgend welche Einwirkung haben könne. Die Staatsregierung werde nach Ermittelung der Entschädigungsansprüche sich an den Landtag um Bewilligung der dazu erforderlichen Summen, wie bei jedem anderen Ausgabeposten, wenden.

Abg. Miquel zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Abg. Dr. Windhorst (Meppen): Ich bin keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß der ganze Vorgang, wie er sich so eben spielt hat, vorher gezeigt worden. Ich halte aber eine solche Methode der Gesetzgebung für absolut verderbt. Das Haus hat allein zu prüfen, ob eine Gesetzesbestimmung vollständig klar ist; erst wenn sie verständlich ist, können wir zusimmen, dazu bedarf es keiner Erläuterung eines einzelnen Faktors. Außerdem habe ich noch zu konstatieren, daß eine Volksvertretung zum ersten Male in diesem Hause eine angemessene Summe zuerst bewilligt.

Abg. Dr. Birchow: Die Bemerkungen des Herrn Vorredners sind in manchen Punkten wohl berechtigt. Allein auf der anderen Seite muß ich doch sagen, daß diese Angriffe des Herrn Windhorst doch weit über das Ziel hinausgehen, da jede vollkommen verfassungsbewußte Regierung die Artikel der Verfassung, welche von den Finanzen handeln, genau besetzen und die sämtlichen Staatsausgaben auf den Staat bringen wird. Im Übrigen finde er das Misstrauen sehr erklärlich, da noch immer kein Gesetz über die Feststellung des Staatsrechts vorliegt, wodurch allein das Misstrauen beseitigt werden könnte. Es wird daher im Interesse der Regierung selbst liegen, dieses Gesetz bald vorzulegen.

Abg. Miquel weist den Vorwurf, als habe eine Verabredung mit der Regierung stattgefunden, zurück.

Nachdem Abg. v. Mallinckrodt sich im all-

Gegenständen, die Sir R. Wallace hat, befinden sich zwei emaillierte Schalen von denen jede mit 2,500 Lstrl. versichert war. In unverhältnismäßiger Zustand wurden mehrere kostbare Vasen und eine Anzahl sehr wertvoller Bücher — Eigentum des Generals Benson — gefunden. Der angerichtete Schaden ist noch immer nicht genau ermittelt, aber er dürfte sich viel höher stellen, als anfänglich geglaubt wurde. Am empfindlichsten sind von dem Brandunglück die Privatpersonen betroffen, die in sehr vielen Fällen ihr ganzes Hab und Gut in dem „Pantechicon“ deponirt hatten. Viele halten dasselbe nicht mit einem Pfennig versichert, da sie die Gewölbe u. Remisen des Gebäudes für feuerfest hielten; Andere hatten, um sich Kosten zu ersparen, ihr Silbergeschirr, ihre Tumulen und sonstige Werthe gegenstände in ihren Möbeln verpackt, die ohne Ausnahme ein Raub der Flammen wurden. Das erklärt auch das Auffinden großer Klumpen geschmolzenen Silbers in den Ruinen. Unter denselben, die Verluste erlitten, befindet sich auch General Sir Garnet Wolseley, der vor seiner Abreise nach der Goldküste sehr viel wertvolles Schätzum, darunter viele interessante Andenken an seine militärische Laufbahn in der Krim, Türkei, in China und Nordamerika, im „Pantechicon“ hinterlegt hatte. Ein Herr Walter Gove hat 300 Gemälde, eine Bibliothek von 7000 Bänden, ein großes Folio-Album mit Stichen von alten Meistern, eine Collection von Alterthümern und Curiositäten u. s. w., Alles im Gesamtwert von 15,000 Lstrl., eingebüßt. Wie er der „Times“ mittheilt, hatte er alle diese Sammlungen erst vor einigen Monaten dem Süd-Kensington Museum lebenswillig vermacht. Andere Personen beklagen den Verlust unerheblicher Familien-Documents und anderer wichtiger Papiere. Die Besitzer des Gebäudes, Smith u. Rademacher, waren im Ganzen mit 130,000 Lstrl. versichert, und sie beabsichtigen, das „Pantechicon“ unverzüglich wieder aufzubauen. (B.C.)

gemeinen den Ausführungen des Abg. Windhorst angeschlossen, wird die Diskussion geschlossen u. § 54 unverändert genehmigt. Desgleichen werden die §§ 55 bis 57 ohne Debatte angenommen und auf den Antrag des Abg. Dr. Birchow folgende Resolution beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß amliche Register über die Ursache des Todes jedes Verstorbenen gefüllt werden.

Ein weiterer Antrag des Abg. Dr. Responseck: die Staatsregierung aufzufordern: 1. die Kabinettssitzung vom 24. Mai 1825 aufzuheben 2. bei Auflösung des Staates pro 1875 darauf Bedacht zu nehmen, daß der durch Einführung des Civilstandesgesetzes entstehende Ausfall an der s. g. Kathedralsteuer vom Staate übernommen und gedeckt werde, — geht an die Budgetkommission.

Außerdem liegt noch folgende Resolution des Abg. Dr. Petri vor: die Staatsregierung aufzufordern, in der gegenwärtigen Session dem Landtag eine Vorlage zu machen, durch welche die rechtlichen Grundsätze in Betreff der Schließung und Trennung der Ehe einheitlich für die ganze Monarchie geregelt werde.

Der Justizminister erklärt, daß sein Versuch so mit Arbeiten überhäuft ist, daß es unmöglich sei dem Antrage noch in dieser Session zu entsprechen. — Nachdem Abg. Petri denselben dahin abgeändert, daß an Stelle der Worte, in der gegenwärtigen Session gesetzt wird „so bald als möglich“ und der Justizminister dieser Änderung zugestimmt hat, wird der Antrag angenommen. — In Folge eines vom Abg. Dr. Windhorst (Meppen) gegen die entzündliche Abstimmung erhobenen Widerspruches, der damit begründet wird, daß der modifizierte Antrag nicht gedruckt vorliegt, wird in der nächsten Sitzung eine nochmalige Abstimmung über denselben stattfinden.

Damit ist die T. O. erledigt.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Auf Grund einer Allerh. Einladung ergeht an das Haus der Antrag, der Vertagung des Landtags am 25. Februar bis 13 April d. J. die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Nächste Sitzung morgen 11½ Uhr. T. O. Abstimmung über den Antrag Petri u. Berathung über den Vertagungsantrag.

Schluß 1¼ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 24. Februar. Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittags im Beisein des kommandirenden Generals des Garde-Korps Prinz August von Württemberg und des Gouverneurs von Sülpnagel militärische Meldungen entgegen, empfing den neuernannten Kommandanten von Berlin Generalmajor v. Neumann I. ließ sich von den Hofmarkhallen Vortrag halten und arbeitete nach einer Spazierfahrt mit dem Chef des Militär-Kabinetts.

(Wir machen auf den unter Großbrit. mitgetheilten Brief unseres Kaisers aufmerksam.)

— Der von uns gestern mitgetheilte, von den elsässisch-lothringischen Abgeordneten Guérard u. Gen. beim Reichstage eingebrachte Antrag richtet sich gegen folgende Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, welches die Errichtung der Verwaltung Elsäss-Lothringens regelt. Der §. 10 der Einrichtung der Verfassung lautet: Bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln ungestüm zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet. Er ist insbesondere befugt, innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirkes diejenigen Gewalten auszuüben, welche der §. 9 des Gesetzes vom 9. August 1849. (Bulletin de lois No. 1511) der Militairbehörde für den Fall des Belagerungszustandes zuweist. Von den erlassenen Verfugungen ist dem Reichskanzler ohne Verzug Anzeige zu machen. Zu polizeilichen Zwecken, insbesondere auch zur Ausführung der vorberechneten Maßnahmen, ist der Oberpräsident berechtigt, die in Elsäss-Lothringen stehenden Truppen zu requiriren. — Der §. 9 des französischen Gesetzes vom Jahre 1849 lautet in deutscher Übersetzung: Die Militairautorität hat das Recht: 1. Haussuchungen bei Tag und Nacht in den Wohnungen der Bürger vorzunehmen; 2. die gesetzlich Bestrafsten und diejenigen Personen, welche ihren Wohnsitz in dem dem Belagerungszustand unterworfenen Orte nicht haben, zu entfernen; 3. die Ablieferung der Waffen und Schießvorräthe anzurufen und zur Nachforschung daran sowie zur Hinwegnahme derselben vorzuschreiben; 4. alle Veröffentlichungen und Vereinigungen zu untersagen, welche sie für geeignet erachtet, die Unordnung hervorzurufen oder zu unterhalten! — Der Antrag Guérard bezweckt die Aufhebung dieser Bestimmungen.

Straßburg, 23. Februar. Das „Elsässer Journal“ enthält eine Zuschrift des Reichstagsabgeordneten Guérard aus Berlin, in welcher derselbe in seinem und im Namen von sechs andern elsässisch-lothringischen Abgeordneten die Solidarität mit dem Bischof Raës in der Reichstagssitzung vom 18. d. M. abgegebenen Erklärung ablehnt. — Von einer Anzahl hiesiger katholischer Einwohner ist aus der gleichen Veranlassung an den Bischof Raës die Aufforderung gerichtet, sein Mandat niederzulegen und von ihnen zugleich eine weitere Agitation für diesen Zweck in Aussicht gestellt.

Kiel, 23. Februar. Dem Bernnehmen der Kieler Zeitung folge ist der Vice-Admiral Zachmann unter Verleihung des Rothen Adler-

Ordens erster Klasse mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Schwerin, 23. Februar. In der heutigen Plenar-Sitzung des Landtages wurde ein Rekord der schwerinischen und eine Note der strelizer Regierung mitgetheilt, in welchen beide Regierungen eine wiederholte Berathung der §§ 1 bis 9 der Verfassungsvorlage (welche die Formation der neuen Landesvertretung betreffen) und die die völlige Übereinstimmung mit den Prinzipien der Regierungsvorlage aussprechenden Beschlüsse der Landschaft sowie den Beschluß der Ritterschaft, die Vorlage im Prinzip nicht zu verwerfen zu wollen, acceptiren, jedoch den Beschluß des letzteren Standes betreffs Aufrechterhaltung der Ritter- und Landschaft als politischer Korporation ablehnen. Es wurde darauf beschlossen, daß jeder Stand das Kapitel der Vorlage über die Modifikation der Landesvertretung noch einmal berathen solle.

— Köln, 21. Februar. Über den gestern stattgehabten Verkauf beim Erzbischof werden folgende Einzelheiten berichtet: Der Verkauf begann um 9 Uhr Morgens unter sehr großem Andrang des Publikums in der Wohnung des Erzbischofs. In dem engen Hause war — diebstahl — durch mehrere Tische in zwei Hälften getheilt — herciche ein entzündliches Gedränge. So wieemand aus dem Publikum gebeten hatte, erfolgte Seitens der Käufer ein Mehrgebot, bis demselben dann schließlich der Zuschlag zu Theil wurde. Hierauf trat dann einer von den Herren Ultramontanen — dieselben standen außerhalb des Gedränges hinter den Tischen — mit einer großen Brieftasche in der Hand an den Exekutor heran und bezahlte, indem er gab, die verlaufenen Gegenstände seien entweder von Herrn Baudrit oder Dr. Braubach oder sonst einem der Herren angekauft. Uebrigens schien auch für genügende Spionage bei dem Verkaufe gesorgt. Auch fehlte es bei dem Verkaufe nicht an einigen der von den Ultramontanen bei derartigen Gelegenheiten beliebten Zwischenfällen. So wurde z. B. ein Israelit, der auf die Equipage des Erzbischofs ein Geschenk abgegeben hatte, thäufig angegriffen und mishandelt, so daß die Polizei denselben in Schutz nehmen mußte. Als ferner gegen den Schluß des Verkaufes, wo von Seiten des Publikums fast gar nicht mehr geboten wurde, ein Schrank für einen Thaler und einige Groschen zugeschlagen wurde, ein Bedienter aus einem hiesigen Hotel zu dem Exekutor herantrat und angab, er habe ein höheres Gebot gemacht, drängte der anwesende Janissäger denselben ohne weiteres zur Thür hinaus. Die Strafsumme, für die bei dem Erzbischof gepfändet worden war, betrug mit den Kosten beinahe 1500 Thaler, der Verkauf ergab jedoch nur einen Erlös von etwas über 400 Thlr. Für die Equipage sind 181 Thlr. gezahlt worden.

## Ausland.

Frankreich. Paris, 22. Februar. Mehrere Mitglieder der Linken der Assemblée, hatten einen Schritt bei Herrn Ledru-Rollin gethan, um ihm das Bedenken seiner Candidatur, wie die politischen Umstände nun einmal liegen, vorzustellen. Herr Ledru-Rollin entzogene dieser Deputation, er wolle die Schwierigkeiten der Lage nicht erkennen, aber es sei auf Grund reißlicher Erwägung geschehen, wenn er die so oft abgelehnte Candidatur endlich angenommen hätte; das allgemeine Stimmrecht sei der Leitstern seines ganzen Lebens gewesen, er sehe es nach fünfundzwanzig Jahren noch einmal bedroht und halte sich für verpflichtet, ihm den Rest seiner Kräfte zu widmen. Wenn man ihn von gegnerischer Seite zu einem revolutionären Popanz mache, so hoffe er, sich dieser Insinuation leicht zu erwehren und sie bei der ersten Gelegenheit von der Tribüne herab zu entkräften. Genug, er sei entschlossen, seine Candidatur aufrecht zu erhalten.

Paris, 23. Februar. Privattelegramm der Nat. Ztg.

An der Börse war heute das Gericht vom plötzlichen Tode des Papstes verbreitet.

Dieses Gericht ist vielleicht durch die von einem römischen Blatte gebrachte Sensationsnachricht herverholt worden. Kardinal Antorelli habe mittelst Rundschreibens allen Bischofen empfohlen,

nach Rom zu kommen, weil Pius IX. sie vor seinem Tode noch sehen wollte. Die hier selbst mit Saïd Païda wegen einer türkischen Unleihe stattfindenden Unterhandlungen haben bis jetzt wenig Aussicht auf Erfolg, da der Sultan sich hartnäckig weigert, die von den Banquiers gestellten Bedingungen gutzuheissen.

Dem „W. L. B.“ wird aus Paris unter dem 23. d. M. gemeldet: In dem Prozeß der Messageren gegen die Suezkanal-Kompanie ist heute das Erkenntnis des Kassationshofes erfolgt, durch welches der von der ersten erhobene Rekurs verworfen und demnach das Urteil des Appelhofes bestätigt und das Recht der Aktiengesellschaft anerkannt wird.

Noch wird telegr. geweckt, daß die von der franz. Nationalversammlung zur Untersuchung über die Akte der Regierung vom 4. September 1870 eingesetzte Kommission gestern ihren Bericht erstattet hat. Derselbe gelangt zu einem Ergebnisse, welches für die Regierung der „nationalen Vertheidigung“ und namentlich für Gambetta anscheinend sehr gravierend ist. Der Exk. wird insbesondere für die Unfälle, von welchen die französischen Heere nach dem Urteil erfreuerter Biene zuerst geworden, zum Gründen verantwortlich gemacht. Der Bericht spricht sich ferner dahin aus, daß Frankreich

von der Regierung der „nationalen Vertheidigung“ streng Rechenschaft fordern müsse.

Großbritannien. London, 24. Februar. Das vom Grafen Münster dem Earl Russell überreichte Handschreiben Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm d. d. Berlin, 18. Februar, lautet in der Übersetzung:

Ich habe Ihren Brief vom 28. Januar nebst den Beschlüssen des großen Londoner Meetings und den Bericht meines Botschafters über die Vorgänge auf demselben empfangen. Ich danke Ihnen aufrichtig für die Mittheilung und für den begleitenden Ausdruck Ihres persönlichen guten Willens. Es liegt mir ob, der Führer meines Volkes zu sein in dem Jahrhundert lang von den deutschen Kaisern in früheren Tagen unterhaltenen Kampf gegen eine Macht, deren Herrschaft in keinem Lande der Welt mit der Freiheit und der Wohlfahrt der Nationen vereinbar gefunden wurde, eine Macht, welche, falls sie in unseren Lagen siegreich sein würde, nicht in Deutschland allein die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität des Gesetzes gefährden würde. Ich accrete demgemäß den mir auferlegten Kampf in Erfüllung meiner königlichen Pflichten und im festen Vertrauen auf Gott, auf dessen Hilfe zum Siege wir blicken, aber auch im Geiste der Rücksicht für den Glauben anderer und der evangelischen Milde, welche durch meine Vorfahren den Gedenken und der Verwaltung meiner Staaten aufgedrückt werden. Die neuesten Maßregeln meiner Regierung hemmen nicht die römische Kirche oder die freie Ausübung der Religion seitens ihrer Anhänger; dieselben geben nur der Unabhängigkeit der Gesetzgebung des Landes einige der Bürgerschaften, welche längst im Besitz anderer Länder sind und die vormals auch Preußen besessen hat, ohne daß dieselben von der römischen Kirche für unvereinbar mit der freien Ausübung ihrer Religion gehalten worden wären. Ich war von vornherein gewiß und ich bin erfreut über den mir durch Ihren Brief gewährten Beweis — daß wir in diesem Kampfe die Sympathien des englischen Volks nicht schenken würden, mit welchem mein Volk und mein königliches Haus durch die Erinnerung an viele und ehrenhafte gemeinschaftlich seit den Tagen Wilhelms von Oranien geführten Kämpfe verbunden sind. Ich bitte Sie mein Schreiben den Unterzeichneten der Resolutionen mit meinem herzlichsten Danke mitzutheilen.

Der Zusammentritt des neuen Englischen Parlaments ist formell auf Donnerstag, den 5. März, anberaumt; doch werden die eigentlichen Geschäfte erst zehn Tage später beginnen können. Wenn die Wahl des Sprechers und die Vereidigung der Mitglieder erledigt ist, wird sich das Haus vertagen müssen, bis die wegen der neuen Minister nötige Neuwahl überstanden ist.

Italien. In der vergangenen Woche hat der Italienische Deputierte Niceli eine Interpellation eingeführt, wegen der Ausführung des Gesetzes, betreffend die Bewilligung des Exequatur an die Bischöfe. In der Donnerstagssitzung wurde die Berathung, dieser Interpellation auf Antrag Minghetti bis nach Erledigung der Finanzvorlagen verlegt. Die Majorität für die Vertagung war nur sehr gering. Am Samstagabend ist das Gesetz über die Papiergeld-Emission mit einer sehr achtbaren Majorität — bekanntlich mit 199 gegen 63 Stimmen angenommen worden. Das Ministerium ist somit einstweilen gerettet, ohne jedoch irgend welche Garantie für künftige Dauerhaftigkeit geben zu können.

Spanien. Vom Carlistischen Kriegsschauplatz in Spanien ist eine Nachricht von Bedeutung noch immer nicht eingegangen. Kleine Erfolge, welche die Carlisten errungen haben wollen, werden nach Meinung der Regierungspresse reichlich dadurch aufgewogen, daß ein großer Erfolg des Generals Moriones gegen die Carlisten dieser Tage mit Bestimmtheit in Aussicht steht. Moriones, welcher ohne Gewissensbisse seinen Feugen sowohl Castellar, wie Serrano weihen kann, war bisher durch Regen und schlüpfrige Wege an der großen Action verhindert worden.

## Provinziales.

Brandenburg. Priesen, 24. Februar. Vor einigen Tagen brachten uns die Zeitungen die Nachricht, daß die alten polnischen Gulden und die Braunschweiger Zweigroschenstücke dem Couris unterworfen sind. Dieses scheint von einem der hiesigen Beamten unklar aufgesetzt zu sein, denn derselbe hat dieses Verbot auch auf die österreichischen Vereinstaler ausgedehnt, und nimmt solche seitdem nicht mehr in Zahlung. Wir hätten sonach zu erwarten, daß auch Privatpersonen sich ihre eignen Gesetze machen und ihnen Kraft verleihen.

Marienwerder, 23. Februar. Wie wir höben aus bester Quelle vernommen, soll das hiesige Schloß Local des Kreisgerichts, nunmehr vollständig ausgebaut werden. — Der Hauptmann Herr v. d. Goltz vom 24. hessischen Dragoner-Regiment ist an Stelle des nach Cassel versetzten Gendarmeriemajors von Dyliski zum Gendarmeriehauptmann hier selbst ernannt und hat seine neue Stellung bereits angetreten.

Die Eisfischerei ist in unserem Kreise bis jetzt von keiner Bedeutung, da das Eis noch nicht genügend überhielt. Den schwachen Bienenstöcken ist der gelinde Winter nach dem Urtheile erfahrener Biene zuerst durchaus günstig. Mein schon im Herbst ausgesprochenes Urtheil, daß das Getreide in den Mieten, die nicht rechtszeitig gedeckt wurden, Schaden leiden würde,

findest sich durchaus bestätigt. Unter der Schneedecke haben sich auch die Saaten bedeutend erholt.

Elbing, 24. Februar. Von Berlin wird uns so eben telegraphisch gemeldet:

Die heute hier stattgefundenen Beisammensetzung der Gläubiger der Elbinger Altstädte für Fabrikation von Eisenbahnbeförderung, welche 1,200,000 Thlr. Fortsetzung repräsentiert, gewährte im Prinzip Indult (Motoratorium) und wählte ein Komitee, welches mit den Pfandgläubigern verhandeln und einer auf Freitag anberaumten Gläubigerversammlung weitere Vorschläge unterbreiten wird.

(Altpr. Btg.)

Braunsberg. Das Darlehn von 150,000 Thlr. zu 4½% pCt., welches der hiesige Kreis beim Reichs-Invaliden-Fonds zur Einlösung der für Chausseebauwerke in gleichem Betrage vertragten fünfprozentigen Kreisobligationen nachgesucht hat, ist zum 1. April c. bewilligt worden.

Königsberg, 23. Februar. Aus der Mitte des Vereins der Grundbesitzer soll jetzt ein Verein ersterben, welcher sich zur Ausgabe stellen will, disponible Plätze in der Stadt aufzukaufen und Wohnhäuser zu bauen, zum Vermieten namentlich an kleinere Leute. Wir wünschen, daß zu diesem Zwecke dem Grundbesitzer-Verein zahlreichere und bemittltere Mitglieder beitreten möchten. —

Der Bischof Neinkens hat an den altkatholischen Pfarrer Grunert folgendes Schreiben erlassen: „Ew. Hochwürden antoistire ich hierdurch, nachdem von Seiten Sr. Exc. des Herrn Oberpfäfioniu v. Horn Einspruch dagegen nicht erhoben ist, in der Provinz Preußen überall da, wo es gewünscht wird, seelsorgerische Akte, insbesondere Taufen, Spendung der übrigen Sakramente, Trauungen und Beerdigungen vorzunehmen, sowie die heilige Messe zu lesen, und zu predigen. Die königl. Regierungen zu Königsberg, Gumbinnen, Danzig und Marienwerder sind durch Oberpräfialdekt vom 11. d. M. hervon in Kenntnis gesetzt.“

## Verschiedenes.

Ein Recht, grob zu sein. In Pesth ist an einem Hause beim Steigenaufgang Folgendes gedruckt zu lesen: „Es wird jede Person höchstens erachtet, kein Holz, Wasser oder Waschgericht hinauf zu tragen, sonst hat der Hausmeister das Recht, grob zu sein.“

Eine alte Frau erhielt einen Brief von ihrem nach Amerika ausgewanderten Sohne. Da sie jedoch nicht lesen konnte, so bat sie jemand, ihr den Brief vorzulesen. Dieser begann: „St. Louis, 20. April. — Liebe Mutter —“ da aber der Brief sehr undeutlich geschrieben war, so machte der Vorleser eine Pause. „O,“ rief die Alte aus, „nun weiß ich gewiß, daß er von meinem Jungen ist, der stottert immer!“

## Lokales.

Fremde Silbermünzen. Auf eine den Umlauf deutscher und fremder Münzen betreffende Eingabe des Vereins von Berliner Kaufleuten hat der Finanzminister nachstehenden Bescheid ertheilt: „Berlin, den 20. Februar. Auf die Eingabe vom 19. d. Mts. erwidere ich dem Vorstande, daß die 1½ Thalerstücke Sächsisch-Polnischen G. präges zu den Deutschen Landesmünzen nicht gehören und deshalb im Deutschen Reich Niemand verpflichtet ist, dieselben in Zahlung anzunehmen. Der Umlauf dieser Geldstücke ist in Preußen bisher nicht untersagt und ihre freiwillige Annahme daher jedem unbenommen. Von der Absicht der Einziehung der bezeichneten Polnischen Münzen durch den Heimathstaat ist nichts bekannt. Zur Einziehung derjenigen auf Kosten des Deutschen Reiches bez. des Preußischen Staates, enthalten weder die Reichsmünzgesetze vom 4. Dezember 1871 und 9. Juli vorigen Jahres, noch die Preußischen Gesetze eine Ermächtigung. Ferner wird nicht bestätigt, daß die sämtlichen Münzen österreichischen Gepräges vom 1. April 1874 bei den Staatsklassen nicht mehr in Zahlung genommen werden und lautet eine deshalb ergangene Befehlsmachung:“

Vom 1. April 1874 an gelten nicht ferner als gesetzliche Zahlungsmittel: 1) die Kronenthaler Deutschen, Österreichischen und Brabanter Gepräges; 2) die im Zwanziggußfuß ausgeprägten ganzen und halben und viertel Conventions- (Species-) Thaler und Zwanzig- und Behnreuerstücke Deutschen Gepräges. Es ist daher vom 1. April 1874 ab außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Die im Umlauf befindlichen, oben bezeichneten Münzen werden in den Monaten April, Mai und Juni 1874 von den durch die Landescentralbehörden zu bezeichnenden Kassen derjenigen Bundesstaaten, welche diese Münzen geprägt haben, bzw. in deren Gebiet dieselben gesetzliches Zahlungsmittel sind, für Rechnung des Deutschen Reichs sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichs- bzw. Landesmünzen umgewechselt. Nach dem 30. Juni 1874 werden derartige Münzen auch von diesen Kassen weder in Zahlung noch zur Umwechselung angenommen. Die Einlösung erfolgt zu dem nachstehend vermerkten festen Wertverhältnisse: Kronenthaler zu 2 fl. 42 kr. bzw. 1 Thlr. 16½ Sgr.; 1½ Conventions- (Species-) Thaler zu 2 fl. 24 kr. bzw. 1 Thlr. 11½ Sgr.; 1½ Conventionsthaleraler (Conventionsgulden) zu 1 fl. 12 kr. bzw. 20½ Sgr.; 1¼ Conventionsthaleraler zu 36 kr. bzw. 10½ Sgr.; 1½ Conventionsgulden (Zwanziger) zu 23½ kr.; 1½ Conventionsgulden (Behner) zu 11 kr. Die Verpflichtung zur Annahme

und zum Umtausch (s. oben) findet auf durchlöcherte und anders, als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte, ingleichen auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.“

Wegen des immer fühlbarer werdenden Mangels an kleiner Münze ist der Königlichen Bank die Anweisung gegeben worden, ihre Bestände an Biergrosschenstücken — im Betrage von mehreren Millionen — in Umlauf zu setzen und ebenso ist die General-Staatskasse angewiesen, vom 1. April an mehrere Millionen kleinere Münzen den öffentlichen Kassen zur Verfügung zu stellen.

Handwerker-Verein. Das Thema des Vortrages, welchen am Donnerstag d. 26. H. Prof. Dr. Hasbender im Handwerker-Verein halten will, heißt: Erklärung des Gregorianischen Kalenders, und wird der Vortrag eine leichtfassliche Erklärung aller der Umstände enthalten, auf denen nicht nur die Errichtung unserer jetzigen Kalender im Allgemeinen, sondern insbesondere die Berechnung und Ordnung der beweglichen Feste beruht; auch die auf dem Titelblatt oder der ersten Seite der meisten unserer Hausskalender sich findenden, den meisten unverständlichen Ausdrücke als da sind: Epacten, Sonntags-Buchstabe, guldene Zahl etc. werden in dem Vortrage Erläuterung finden. Die große Gewandtheit, mit welcher der H. Vortragende solche Vielen unfaßbar scheinende Begriffe auf das einfachste klar zu legen weiß, läßt einen eben so belebrenden als interessanten Vortrag erwarten, und demgemäß einen recht zahlreichen Besuch wünschen. Das Erscheinen der zum Schwurgericht anwesenden Herren in der Versammlung des Handwerker-Vereins wird diesem sehr angenehm sein.

Literarisches. Das so eben in der Buchhandlung von Ferd. Beyer vorm. Th. Theile zu Königsberg erschienene 1. Heft des 11. Bandes der „Altpreußischen Monatsschrift“ neue Folge, (der Neuen Preuß. Provinzialblätter 4. Folge), herausgegeben von Rudolf Reiske u. Ernst Wibert enthält: Abhandlungen Preußische Regenten bis zum Ausgang des 13 Jahrhunderts. Herausgegeben von Dr. M. Perlbach. — Tilemann Hesbusius, der Streit-Theolog. und Albrecht Friedrich, der blinde Herr-Ein Sittenspiegel aus der Zeit der Pfaffenherrschaft in Preußen, von Adolf Rogge. — Die Provinz Preußen in einem Cours- und Reisehandbuch von 1792. Von Dr. Babude. — Kritiken und Referate: Carl Löper, zur Geschichte des Verkehrs in Elsaß-Lothringen. Von Robert Schick. — Alterthumsgegenwart Preußia. Von Dr. Medelsburg. — Mittheilungen und Anhang: Kurzer Lebensabriß von Daniel Gabriel Fahrenheit. Mitgetheilt von Ernst Strehle. — Fragment eines Ausgabeverzeichnisses der Deutsch-Ordens-Commende Wienerisch Neustadt. Von Dr. M. Perlbach. — Altpreußische Bibliographie 1873. — Nachweisung über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der Sparkassen in der Provinz Preußen für das Jahr 1871 und 1872. — Universitäts-Chronik 1874. — Periodische Literatur 1873. — Nachrichten. — Aufruf und Bitte. Von Prof. Dr. Böhl. — Portrait-Angelegenheit. Von Prof. Dr. A. Hagen.

Bestellungen nehmen sämmtliche Buchhandlungen und Kaiserl. Postanstalten an. Der Pränumerationspreis beträgt 3 Thaler pro Jahrgang.

Saliken-Diebstahl. Auf den Hof eines hiesigen Kaufmanns Altstadt Nr. 72 kamen am 24. d. M. die beiden Arbeiter Johann Lewandowski, auf der alten Jacobsvorstadt wohnhaft, und Paul Bielinški, obdachlos, ergriffen ein dort liegendes Stück Langholz von etwa 28 f. Länge, 20 Sgr. an Werth und wollten dasselbe forttragen, es zerschneiden als Brennholz verkaufen und angeblich für den Erlös sich Lebensmittel verschaffen. Bevor sie aber noch das Holz von dem unverschlossenen Hofe hatten fortringen können, wurden sie von dem Besitzer desselben auf der That ergrapt, dem B. gelang es zu entweichen der L. aber wurde festgenommen und der Polizei zugeführt.

Gestohlene Bleiröhren. Zwei Glasergesellen, Johann Szylowski und Johann Maczkiewicz hatten auf dem jenseitigen Bahnhof die Bemerkung gemacht, daß dort in den zum Abbruch bestimmten Bedürfnis-Anstalten sich noch eine ziemlich Masse von Bleiröhren, die zur Zu- und Abführung des Wassers dienen, befinden. Sie müssen diese Röhren wohl für aufgegebenes und herrenloses Gut angesehen haben, denn sie trugen kein Bedenken mit Anwendung eines Schraubenziehers einen größeren Theil derselben, etwa 40 Pfd. an Gewicht, von der Wand abzulösen und nach der Stadt zu tragen, um sie zu verkaufen und den Erlös für sich zu verwenden. In der Stadt aber entstand der Verdacht, daß das Blei nicht in rechtlichem Wege in ihren Besitz gelangt sei, und da die Polizeibeamten auch dieser Meinung waren, wurden die Bleiröhren ihren zeitigen Inhabern abgenommen, sie selbst aber dingfest gemacht.

Aus Polen ausgewiesen. Ein 14jähriger Knabe Johann Pilot, der vor Jahren mit seinen Eltern aus Opalenica (Kreis Straßburg) nach Polen gezogen war und in Włocławek bereits bei einem Bäcker in der Lehre gestanden hatte, ist nach dem vor einiger Zeit erfolgten Tode seiner Eltern von den russischen Behörden, weil er keine auf ihn besonders lautende Legitimation hatte, ausgewiesen u. dem hiesigen Landratsamt zugeschickt worden. Durch Vermittelung der Beamten, denen der Knabe zugeführt wurde, u. die freundliche Unterstützung, welche der Altermaster des hiesigen Bäckergewerbes, den Beamten gewährte, gelang es schneller, als zu erwarten war, dem verlassenen Knaben ein Unterkommen in der Werkstatt eines hiesigen Bäckermeisters zu verschaffen. Die vollständige Ermittlung der Heimathsverhältnisse des B. wird natürlich längere Zeit in Anspruch nehmen.

Schwurgericht. Sitzung vom 24. Februar 1874.

Die verehelichte Piorkowska, eine Tochter des Käthners Gronowski aus Rubinkowo, batte im Gefängnis zu Bromberg die Bekanntschaft des Buchhändlers Fabian Kaminski, eines unter dem Namen „Czarni was“ berüchtigten und vielfach bestraften Menschen, gemacht. Bald nach Entlassung der Piorkowska aus dem Gefängnis wußte Kaminski sich demselben gleichfalls durch die Flucht zu entziehen und der Piorkowska zu folgen. Letztere hatte sich bei ihrem Stiefvater Gronowski auf, bei welchem sie dem Kaminski in Unwissenheit des Gronowski zu wiederholten Malen Zusammentritte gestattete. Den Gronowski, der Beide in seinem Hause in zärtlichen Ergüssen zu widerholten Malen antraf und schließlich auf seine Intervention hin von dem Liebespaar geprügelt wurde, verdroß dies unerlaubte Verhältnis und beschloß er deshalb, demselben durch die Anzeige von dem Aufenthalt des Kaminski, von welchem ihm bekannt war, daß er dem Gefängnisse entsprungen und daß auf seine Wiedererfreuung ein Preis von 100 Thlr. gesetzt war, bei der Behörde ein Ende zu machen. Gronowski führte diesen Entschluß aus und bezeichnete dem Königlichen Landratsamt hierfür als den Aufenthalt des Kaminski vorzugsweise das Chausseehaus bei Eissomit. Die Wiedererfreuung des Kaminski gelang damals nicht, wohl aber hatte derselbe erfahren, daß Gronowski der Denunciant gewesen und beschlossen, sich dafür an dem Gronowski zu rächen, dem Letzteren auch diese seine Absicht bei seinem Zusammentreffen mit ihm sowohl im Krug zu Leibitsch als auch im Eichenkränze mit dem Bemeren zu erkennen gegeben, daß er sein Haus in Rubinkowo anzünden werde und dann, daß er den Gronowski wegen der Denunciation tödlich schlagen werde. Wir erinnern nun an eine Mitteilung in diesem Bl. aus dem Monat Mai 1872, wonach auf der Chaussee vor dem äußeren Jacobsthör da, wo das Glacis beginnt, auf einen Menschen ein Schuß abgefeuert worden ist, der diesen Menschen erheblich verwundet hatte, und in welchem die Person des Gronowski festgestellt wurde.

Der Schuß hatte einen Theil des Oberklefers und damit mehrere Zähne im Mund zerstört, auch eine Communion zwischen Mund- und Nasenhöhle hergestellt, welche neben andern Nachtheilen namentlich auch die Sprache des Gronowski erheblich beeinträchtigt, und mußte nach dem ärztlichen Gutachten aus nächster Nähe und in ziemlich horizontaler Richtung auf Gronowski abgefeuert worden sein.

Gronowski behauptet nun, daß Kaminski es gewesen, welcher diesen Schuß auf ihn abgefeuert hat und giebt an, daß er in der erheblichen Nacht sich im Krolowitschischen Schankloale auf der Neustadt aufgehalten und dieses bald nach 10 Uhr verlassen habe, um sich nach seiner Wohnung in Rubinkowo zu begeben, daß, als er auf dem Rückwege bis zu der oben bezeichneten Stelle gekommen war, Kaminski aus dem Glacis plötzlich heraus- und auf ihn zugekommen sei, daß der selbe aus der linken Brusttasche eine Pistole herausgeholt, diese auf ihn gerichtet und abgefeuert habe, daß er gleich darauf zur Erde gefallen und dort bewußlos liegen geblieben sei, bis Leute dazu gekommen, ihn aufgehoben und in das bissige Krankenhaus geschafft hätten. Er behauptet ferner, daß die Ladung aus Hühnerschrot bestanden haben müsse, da aus seinem Munde später herausgefallen sei.

Das ärztliche Gutachten sieht eine scharfe Ladung mit Bezug auf die Wirkung des Schusses als ganz bestimmt voraus und meint, daß der Schuß aus einer besseren Waffe und mit schwächerer Ladung in derselben Richtung abgegeben, den Tod hätte verhindern müssen Kaminski, deshalb des versuchten Mordes angeklagt, giebt an, daß nicht er den Gronowski verfolgt u. gedroht habe, daß dies vielmehr umgekehrt der Fall sei, da Gronowski selbst mit seiner Tochter ein strafbares Verhältnis fortgeführt unterhalten hatte, daß Gronowski deshalb auf ihn eiserstiftig sei und ihm befeitigen wolle. Angeklagter will an dem erheblichen Abend mit Gronowski zusammen bei Krolowitsch gewesen sein und dort mit ihm gemeinschaftlich getrunken auch schließlich das Lokal gemeinsam verlassen haben. Auf dem Wege nach Hause sei er, so giebt Kaminski weiter an, mit Gronowski in Streit geraten und bei dieser Gelegenheit habe Gronowski und nicht er ein Terzerol aus der Tasche zogen und dieses auf ihn abfeuern wollen, was er dadurch zu verhindern gesucht, daß er die Hand des Gronowski, in welcher er das Terzerol hielt, ergriffen und ihm Letzterer habe entwinden wollen. Bei dem dadurch hervorgerufenen Ringen habe sich der Schuß ohne sein Verschulden gelöst und den Gronowski getroffen. Gronowski bestreitet dies und stellt namentlich in Abrede, daß Kaminski gleichzeitig mit ihm bei Krolowitsch gewesen sei.

Die Anklage stützte sich fast ausschließlich auf das Zeugnis des Gronowski, der gleichfalls ein vielfach bestrafter Dieb ist und nur noch kürzlich wegen Verdachts eines schweren Diebstahls gefänglich eingezogen war. Es stand sonach Aussage gegen Aussage und dazu trat der Unstand, daß die Unwissenheit des Kaminski zugleich mit Gronowski im Krolowitschischen Lokale an dem erheblichen Abend anderweit bestätigt wurde, daß Gronowski in wesentlichen Punkten seine Aussage ändern mußte u. andere erhebliche Momente verschwiegen hatte. Alles das veranlaßte die Königl. Staatsanwaltschaft einen bestimmten Antrag auf „Schuldig“ nicht zu stellen, gab aber die Vorlegung einer eventuellen Frage auf vorläufige Körperverletzung mit erheblicher dauernder Schädigung der Gesundheit anheim, ohne auch hier einen bestimmten Antrag auf „Schuldig“ einzubringen.

Die Vertheidigung hatte nach Alledem ein leichtes Feld und lautete demgemäß auch das Verdict der Geschworenen auf „Nichtschuldig“, so daß Freisprechung erfolgen mußte.

## Gefreide-Markt.

Thorn, den 25. Februar (Georg Hirschfeld). Bei geringer Befuhr Preise unverändert. Weizen bunt 128 bis 133 Pfd. 75—78 Thlr. hochbunt 128 bis 133 Pfd. 81—83 Thlr. per 2000 Pfd. Roggen 60—62 Thlr. per 2000 Pfd. Erbsen 46—52 Thlr. per 2000 Pfd. Getreide 58—63 Thlr. per 2000 Pfd. Hafer 28—31 Thlr. pro 1250 Pfd. Spiritus loco 100 Liter pro 100 % 20½ Thlr. Rübuchen 23½—23 Thlr. pro 100 Pfd.

## Telegraphischer Börsenbericht.

Berlin, den 25. Februar 1874.

### Fonds: lustlos.

Russ. Banknoten	92½%
Warschau 8 Tage	92½%
Poln. Pfandbr. 5%	79½%
Poln. Liquidationsbriefe	68
Westpreuss. do 4%	94½%
Westpr. do. 4½%	102
Posen. do. neue 4%	93½%
Oestr. Banknoten	90½
Disconto Command. Anth.	166½%

### Weizen.

April-Mai	85
Juli-August	90

### Roggen:

loco	63½%
April-Mai	62½%
Mai-Juni	61½%
Juni-Juli	60%

### Rüböl:

Februar	19½%
April-Mai	19½%
Septbr.-October	20½%

### Spiritus:

loco	21—18
April-Mai	22—5
Aug.-Septbr.	23

### Preuss. Bank-Diskont 4%

### Lombardzinsfuß 5%

Fonds- und Producten-Börsen.	Berlin, den 24. Februar.

## Inserate.

### Bekanntmachung.

Den Königl. Generalkommandos gehen fortwährend eine große Anzahl von Reklamationen zu, welche mit Umgehung der vorgeschriebenen Instanzen, Anträge auf Freigabe vom Militärdienste, Entlassung aus demselben oder auf Zurückstellung enthalten.

Es wird daher hiermit in Erinnerung gebracht, daß derartige Gesuche unter allen Umständen an die betreffenden Civilbehörden, die Landratsämter zu richten sind.

Marienwerder, den 19. Januar 1874.

### Königl. Regierung.

#### Abteilung des Januari.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Nachachtung publiziert.

Thorn, den 21. Februar 1874.

### Der Magistrat.

#### Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch bekannt, daß von uns in Gemeinschaft mit den Stadtverordneten-Versammlung auf Grund der Bestimmung des § 9b alinea II. des Gesetzes vom 25. Mai 1873 betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 1. Mai 1851 über die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer, beschlossen worden ist, daß fortan am hiesigen Tage das Stimm- und Wahlrecht an die Bedingung eines jährlichen Einkommens von mindestens 300 Thlr. geknüpft wird und daß dieser Beschluß unter dem 24. Januar er die Bestätigung der Königlichen Regierung zu Marienwerder erhalten hat.

Dadurch modifiziert sich die Bestimmung des § 5, lit. D der Städteordnung vom 30. Mai 1853, wodin es heißt, daß Personen mit einem Jahreseinkommen von 250 Thlr. das Bürgerrecht auszuüben befugt sind, in obige Weise.

Thorn, den 21. Februar 1874.

### Der Magistrat.

#### Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 3. März cr. Vormittags 11 Uhr soll der häusliche Pferdestall im Hofe der Artillerie-Kaserne Nr. 2 an Ort und Stelle öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung auf den Abruch verkauft werden.

Die im diesseitigen Bureau ausliegenden Verkaufs-Bedingungen müssen von den Kaufstüggen vor dem Termin durchgelesen und unterschrieben werden.

Thorn, den 21. Februar 1874.

### Kgl. Garrison-Verwaltung.

#### Bekanntmachung.

Zur Vergabeung der Zimmer-Arbeiten und Holzmaterialien-Lieferung für das Utensilien-Magazin auf der Eu-me- Esplanade wird ein Submissionstermin.

Mittwoch den 4. März cr.

Vormittags 11 Uhr im Bureau der unterzeichneten Verwaltung anberaumt. Die Offerten sind bis zu diesem Termin, versiegelt und mit der bezeichnenden Aufschrift versehen, in unser Bureau einzureichen, woselbst die Submissionsbedingungen nebst Bezeichnung täglich während der Dienststunden eingesehen werden können.

Thorn, den 22. Februar 1874.

### Königl. Garrison-Verwaltung.

## Die Großartigste aller Kur-Arten.

Aerzliche Untersuchungen wichen nach, daß ich nur die Hälfte der Lungen besitze. Es ist sehr natürlich, denn ich lag an Tuberkulose (Lungen-tuberkulose) im letzten Stadium, hatte schwere nächtliche Schweiße, wasserlüftige Hände und Füße. Deshalb ging ich zu dem Erfinder der Tanninkuren, Herrn Carl Dittmann in Charlottenburg, wo ich soweit hergeturnt wurde, daß ich nie gekannte Muskelskraft, wie Venize mit 27 Jahren, besitzt. Ich hab hier eine große Anzahl Schwindsüchtiger, welche mit mir geheilt wurden, besonders solche, welche in dem berühmten klimatischen Kurorte Görbersdorf gewesen waren und wieder nach Hause gehen sollten, um sich von den Würmern frestellen zu lassen. Hier in Charlottenburg ist der schönste klimatische Kurort, dicht am Walde und in unmittelbarer Nähe von Berlin gelegen. Ein wirkliches Fehlschlagen der Kur bei den verschiedensten Krankheiten ist, wo noch irgend Lebenskraft vorhanden, nicht nachzuweisen; denn ein Stückchen Tanninzucker lindert auf die wunderbarste Art sofort die Schmerzen. (1801)

Friedrich Karl, Berlin, Friedrichstr. 74, I. Etage, wohin auch Anfragen adressirt werden können.

Die Kur ist überall anwendbar und nach allen Erdhöhlen zu versenden.

## Zündhölzer-Einleg-Maschinen,

1 Maschine durch 1 Arbeiter bedient, täglich 1 Million Hölzchen in Pressen legend, liefert die Maschinenfabrik

### G. Sebold in Durlach

Großherzogthum Baden.

**Ein wahrer Familienbuch.** Es ist ganz unbegreiflich, wie eine solche Menge unterhaltend lehrenden Stoffes — in spannenden Romanen &c., einem äußerst interessanten Feuilleton und prachtvollen Illustrationen, von denen die Mehrzahl eine ganze Seite einnimmt — um solchen Spottpreis auf den Markt gebracht werden kann. „Man wird den Lehrern, wo sie dieses Blatt empfehlen, gewiß dankbar sein.“

So schreibt die „Bayerische Lehrerzeitung“ über die im Verlage von Eduard Hallberger in Stuttgart neu erscheinende „Illustrirte Volkszeitung“, auf welche zum Preise von nur 3 Sgr. oder 12 kr. rh. pro Heft bei jeder Buchhandlung, jedem Postamt, jedem Journal-Expedienten oder Buchbindere abonnirt werden kann.

Berantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Nathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.

Bekanntmachung, betr. die Postsachen für Orte ohne Postanstalt.

Den Correspondenten, welche ihren Wohnsitz in Orten ohne Postanstalt haben, ist jetzt allgemein gestattet, ihre Postsachen auch von solchen Postanstalten abholen zu lassen, zu deren Landesbestellbezirk der Wohnort des Empfängers nicht gehört.

In Folge dieser Verkehrserleichterung muß die Spedition der Postsendungen für solche Orte, an welchen eine Postanstalt sich nicht befindet, nach Maßgabe der von dem Absender auf der Adresse bezeichneten Abgabe-Postanstalt bewillkt werden. Durch die unrichtige Bezeichnung dieser Postanstalt oder durch das gänzliche Fehlen einer bezüglichen Angabe können leicht Verzögerungen in der Ueberleitung der Postsendungen herbeigeführt werden.

Es ist daher im eigenen Interesse der Correspondenten notwendig, daß die Absender solcher Postsendungen, welche nach Ortschaften ohne Postanstalt gerichtet sind, auf der Adresse außer dem eigentlichen Bestimmungsorte ebenfalls noch diejenige Postanstalt angeben, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten zu bewirken ist, oder von wo die Abholung erfolgt.

Zur Förderung dieses Zwecks wird es beitreten, wenn Correspondenten, an deren Wohnsitz sich eine Postanstalt nicht befindet, dieselben Personen, mit welchen sie in Briefwechsel stehen, auf das gedachte Esförderungs aufmerksam machen und denselben mittheilen, durch Vermittelung welcher Postanstalt sie ihre Postsachen beziehen. Insbesondere wird es sich auch empfehlen, wann die auf dem Lande wohnenden Correspondenten möglichst allgemein dem theilweise bereits bestehenden Gebrauch folgen, in dem von ihnen abwandernden Briefen bei der Orts- und Raumansage den Namen des Postortes hinzuzufügen, durch welchen sie ihre Postsachen empfangen.

Berlin, W., den 20. Februar 1874.

### Kaiseri. General-Postamt.

#### Pferdemarkt in Thorn.

#### Donnerstag, d. 5. März cr.

#### Cigarren-Auction.

Freitag, den 27. d. Ms. von 10 Uhr ab werde ich in der Schießhalle im Schützenhaus für ein auswärtiges Haus ca. 20 Mille nur gute Cigarren versteigern.

#### W. Wilckens, Auktionator.

Seit Neujahr cr. a. d. St. Johannis-Kirche hieselbst als Kantor angestellt, empfehle ich mich zur

#### Ertheilung eines gründlichen Unterrichts

in der Kunst (K. avier), Violinspiel, Gesang, Harmonielehre &c. sowie Privatstunden für den Schulunterricht.

Auswärtige Schüler hiesiger Schulen finden bei mir Logis, Beköstigung und Nachhilfe. Mirowski, gepf. Lehrer.

Johannisstraße 99.

#### Eiserne Geldschränke

Feuer- und Diebesicher emsifelt

Robert Tilk,

Schlosserstr.

#### Logis

mit und ohne Bettien und

Befestigung bei

Mirowski, Kantor, Johannisstr. 99.

#### Strohhütte

zum Waschen und Modernisiren werden

angenommen zur zweiten Sendung.

Ludwig Leiser,

vormal's E. Jontow.

#### Die Berliner Schuh- & Stiefel-Fabrik

## Die Berliner Schuh- & Stiefel-Fabrik

von

Robert Kempinski

16. Brückenstr. 16.

empfiehlt ihr Lager eleganter und anerkannt dauerhafter  
Herren- und Damen-Stiefel

in größter Auswahl zu solidesten Preisen.





















































































<img alt="Illustrations of various styles of men